

»Uns läuft die Zeit davon«

Lars Castellucci ist Religionsexperte der SPD im Bundestag. Er plant ein Gesetz, das die Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch regelt – auch für die Kirchen **INTERVIEW VON** RAOUL LÖBBERT UND GEORG LÖWISCH



Foto: Dirk Blecker

»Wenn die Kirchen das Ruder nicht herumgedreht bekommen, schaffen sie sich noch selbst ab.«

Lars Castellucci, 47, ist SPD-Bundestagsabgeordneter, seit 2018 Sprecher seiner Fraktion für Migration und Integration sowie Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften. Bis 2019 lehrte er Nachhaltiges Management an der Hochschule für Management in Mannheim. Castellucci ist evangelisch, spielt gerne Orgel und leitete den Kirchenchor in Baiertal, das zur nordbadischen Stadt Wiesloch gehört.

Christ&Welt: Herr Castellucci, fühlen Sie sich als Christ in der SPD-Fraktion nicht manchmal ziemlich allein?

Lars Castellucci: Ich bin Sozialdemokrat geworden wegen der christlichen Werte, die mir von meinen Eltern mit auf den Weg gegeben wurden. Man denkt immer mit, was unser Tun für die bedeutet, denen es nicht so gut geht. Da fühle ich mich in der SPD wunderbar aufgehoben. Gleichzeitig sind wir offen für Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen.

C&W: Sie sind evangelisch. Was heißt es für Deutschland, wenn der nächste Kanzler wie Olaf Scholz nicht Mitglied einer Kirche ist?

Castellucci: Als Kanzler muss er dem Land Orientierung geben, und da kommt es auf das Wertefundament an. Das speist sich bei uns allen aus unterschiedlichen Quellen, aber Olaf Scholz hat auch klargestellt: Unser Land und auch er sind vom christlichen Glauben geprägt. Als Christ würde ich mich natürlich freuen, er wäre Teil einer Kirche. Aber das ist Privatsache.

C&W: Die Koalitionsverhandlungen der Ampel-Parteien sind in ihrer finalen Phase. Auch wenn Religions- und Kirchenpolitik nicht oben auf der Agenda steht: Was kommt auf Deutschland zu? Werden zum Beispiel die Staatsleistungen an die Kirchen gestrichen?

Castellucci: Streichen kann man sie nicht. Wenn, dann werden sie abgelöst. Seit mehr als einhundert Jahren steht die Ablösung der Staatsleistungen in unserer Verfassung, erst in der Weimarer Reichsverfassung und später im Grundgesetz. Es hat bislang niemanden sonderlich geschert. Dabei ist es peinlich, sich immer wieder als Politiker vorwerfen lassen zu müssen, das Grundgesetz in diesem Punkt zu missachten. Wir sollten diese Wahlperiode nutzen, um die Ablösung der Staatsleistungen endlich einzuleiten.

C&W: Wie?

Castellucci: Es ist mittlerweile unstrittig, dass die Kirchen in die Lage versetzt werden müssen, auf Dauer zu finanzieren, was sie bislang aus den Staatsleistungen erlösen. Wie das funktionieren könnte, kann letztlich nur eine Kommission klären, in der Bund, Länder, Kirchen und Expertinnen und Experten vertreten sind. Am Ende geht es nur miteinander. Wir reden von einer Ablösesumme von mehreren Milliarden Euro. Dass da gefeilscht wird, kann nicht verwundern.

C&W: Da würden sich die SPD, Grüne und FDP aber ganz schön etwas vornehmen. Und dabei ist das nicht das einzige kirchenpolitisch relevante Großthema, das zur Entscheidung stehen dürfte.

Castellucci: Was meinen Sie?

C&W: Alle drei Parteien fordern in ihren Wahlprogrammen, die Abtreibungsgesetzgebung zu liberalisieren. So soll etwa der Paragraph 219a, also das Werbeverbot für Abtreibung, aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Zu Recht?

Castellucci: Ich persönlich bin dafür, dass Ärzte informieren können. Doch wo hört die Information auf und wo fängt die Werbung an? Gerichtsurteile haben ergeben, dass diese Unterscheidung nicht so leicht getroffen werden kann. Da gibt es

also eine Grauzone, und die können wir natürlich nicht so lassen. Denn sie schafft eine Rechtsunsicherheit für die Ärztinnen und Ärzte. Das muss geklärt werden.

C&W: Gilt das auch für den Paragraphen 218?

Castellucci: Nach dem ist ein Schwangerschaftsabbruch zwar strafbar, wird aber in den ersten zwölf Wochen einer Schwangerschaft und nach verpflichtender Schwangerenberatung nicht verfolgt.

Castellucci: Ich finde, mit dem Paragraphen 218 in der aktuellen Fassung wurde nach einem langen, schmerzhaften Diskussionsprozess ein guter Kompromiss gefunden. Bestrebungen, auch in meiner eigenen Partei, das Thema Schwangerschaftsabbrüche ganz aus dem Strafgesetzbuch herauszunehmen, mache ich mir nicht zu eigen. Ich respektiere persönliche Entscheidungen, die nur die Betroffenen selbst treffen können. Politisch ist mir wichtig, alles an Beratung, Hilfe und Unterstützung zu bieten, was Menschen Mut macht und ermöglicht, Kinder zur Welt zu bringen.

C&W: Interessant ist ja auch, was nicht in den Parteiprogrammen steht: So findet sich wenig bis nichts zum Thema sexueller Missbrauch. Gerade erst hat Johannes-Wilhelm Röhrig, Unabhängiger Beauftragter der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, kritisiert, die Politik habe ihn alleingelassen. Er scheidet vorzeitig aus dem Amt. Wird es künftig überhaupt noch einen Unabhängigen Beauftragten für Fragen sexuellen Missbrauchs geben?

Castellucci: Das Thema muss stärker auf die Tagesordnung. Es betrifft nicht nur die Kirchen, sondern die ganze Gesellschaft. Wir haben es, zumal mit allem, was durch das Internet noch dazu kommt, mit einem aktuellen und höchst relevanten Problem zu tun.

C&W: Aber die Kirchen, insbesondere die katholische, haben mit den Verheerungen des Missbrauchs und dessen Vertuschung gerade stark zu tun.

Castellucci: Wir müssen mit Prävention und harter Strafverfolgung das Menschenmögliche tun, um Taten heute zu verhindern. Aber es läuft uns die Zeit davon, um Wunden zu heilen, die durch die unzulängliche Aufarbeitung aufgerissen sind. Was Jahrzehnte zurückliegt, fasst ja keine Staatsanwaltschaft mehr an. Viele Opfer beklagen, sie würden erneut gegen die Mauern der Organisationen rennen, und fühlen sich alleingelassen. Das darf man nicht laufen lassen, hier besteht Handlungsbedarf, und zwar auch politischer.

C&W: Aber wer wird sich hier in der Hauptstadt darum kümmern?

Castellucci: Wir haben Institutionen wie den Unabhängigen Beauftragten und eine Aufarbeitungskommission aus Fachleuten. Aber ich plädiere für eine engere parlamentarische Begleitung.

C&W: Röhrig hat kürzlich in der »Frankfurter Allgemeinen« kritisiert, die Kommission schwebt in einem luftleeren Raum, die Gesetzesgrundlage fehle.

Castellucci: Ich kann das nachvollziehen. Wir müssen in dieser Legislaturperiode beide Institutionen stärken: den Unabhängigen Beauftragten und die Unabhängige Aufarbeitungskommission. In ihr arbeiten hervorragende Wissenschaftler und

Fachleute – aber eben nur ehrenamtlich. Sie können die hohen Erwartungen niemals erfüllen. Wir müssen beide Institutionen gesetzlich verankern. Bisher besteht das Amt des Beauftragten nur durch Kabinettsbeschluss beim Bundesfamilienministerium. Die Kommission sollte außerdem die Ressourcen bekommen, die sie für echte Aufarbeitung und begleitende Evaluation benötigt. Mit einer gesetzlichen Verankerung und Berichtspflicht gegenüber dem Parlament ergäbe sich auch ein geordneter Prozess der parlamentarischen Begleitung, der den Menschen deutlich macht, dass der Staat kontinuierlich hinguckt.

C&W: Heute ist der Eindruck eher: Die Aufarbeitung der Kirchen scheitert kontinuierlich.

Castellucci: So geht es tatsächlich nicht weiter: Mit jedem blöden Gutachten missglückt die Aufarbeitung mehr. Eins wird veröffentlicht, eins zurückgezogen und ein drittes nur geschwärzt veröffentlicht. Diesen Vertrauensverlust muss man dringend unterbrechen.

C&W: Dabei haben die Kirchen versprochen, die Betroffenen an der Aufarbeitung zu beteiligen. In der katholischen Kirche hat jede Diözese gelobt, eine eigene Aufarbeitungskommission mit Betroffenenbeirat zu gründen.

Castellucci: Der Prozess, wie Betroffene in den Diözesen momentan beteiligt werden, ist – leider – zum Scheitern verurteilt. Es besteht von Anfang an ein Ungleichgewicht zwischen oft gremienfernen und vernetzten Mitgliedern aus dem kirchlichen und staatlichen Bereich auf der einen und den teilweise mittels Zeitungsanzeigen angeworbenen Betroffenenvertretern auf der anderen Seite. Das kann nicht funktionieren.

C&W: Was schlagen Sie vor?

Castellucci: Die Betroffenen müssen hier zunächst selbst einen sicheren Stand erreichen. Dazu müssen sie die Selbstorganisation der Betroffenen unterstützen.

C&W: Finanziell unterstützen?

Castellucci: Möglicherweise auch das, dann aber zusammen mit den Organisationen, in denen die Taten begangen wurden. Dabei muss man darauf achten, dass keine neuen Abhängigkeiten entstehen. Eine unabhängige und ausreichend ausgestattete Selbstorganisation der Opfer könnte Betroffene in

die entsprechenden Gremien entsenden, die dort auf Augenhöhe mit den Kirchenvertretern sprechen.

C&W: Unterschreiben Sie den Satz: Die Kirchen schaffen die Aufarbeitung nicht alleine?

Castellucci: Unbedingt. Wir haben genau dafür einen Rechtsstaat, weil nicht jeder damit alleingelassen werden kann, sich selbst aufzuklären und mit Konsequenzen zu belegen.

C&W: Was treffen Sie in den Kirchen an, wenn über das Thema Missbrauch gesprochen wird?

Castellucci: Ich sehe die Bereitschaft, etwas zu tun. Ich sehe auch Scham und wirklich schlechtes Management. Und ich sehe die Gefahr, die man schon in der Organisationstheorie lernen kann: dass der Schutz der Organisation größer geschrieben wird als der Schutz der Menschen. Unter dem Strich: Es reicht bei Weitem nicht.

C&W: Wer soll die Aufarbeitung kontrollieren oder bewerten?

Castellucci: Die Aufarbeitungskommission hat einen Leitfadern für die Aufarbeitung herausgegeben. Der ist gut. Mein Vorschlag ist: Er muss einen verbindlichen Charakter erhalten. Die Kommission soll die konkrete Aufarbeitungsarbeit von Institutionen wie den Kirchen begutachten. Sie würde das Testat ausstellen – oder es eben verweigern.

C&W: Die Kirchen machen die Aufarbeitung, aber das Ergebnis bewertet die Kommission?

Castellucci: Ja. Und wenn herauskommt, dass der Untersuchungszeitraum von Gutachten zufällig zum Teil haarscharf entlang von Amtszeiten bestimmter Verantwortlicher organisiert wird, dann muss das jemand bewerten. Es muss beurteilt werden, ob da heute jemand geschützt werden soll. Es ist zwar schön, dass es Journalisten gibt, die sich zum Teil richtig darin verbrissen haben ...

C&W: Ach, verbrissen ...

Castellucci: Es ist ja Ihre Aufgabe. Aber Sie hätten vielleicht auch schönere Themen, und Sie konnten entscheiden, ob Sie das Thema machen oder nicht. Darauf kann sich eine Gesellschaft nicht alleine verlassen. Wir brauchen eine klare Zuständigkeit und Verantwortung für die Aufarbeitung, die sich aus einem klaren politischen Auftrag ergibt.

C&W: In anderen Ländern hat es eine Wahrheitskommission gegeben, um sexuellen Missbrauch aufzuarbeiten.

Castellucci: Eine Wahrheitskommission wie in Australien oder Irland wäre eine völlig neue Rechtskonstruktion. Man müsste eine Gruppe definieren, die befragen und in Akten hineinschauen darf. Dafür wäre ein ganzes Bündel von Gesetzen nötig, und das würde ewig dauern.

C&W: Für Gesetze gibt es den Deutschen Bundestag.

Castellucci: Ich sehe nicht, dass das passieren wird. Es wäre etwas fundamental Neues. Und uns läuft die Zeit davon. Es gibt den anderen Vorschlag, eine Enquetekommission einzusetzen aus Abgeordneten aller Fraktionen plus Expertinnen und Experten, die vier Jahre tagen. Man hätte Ressourcen, man hätte Anhörungen. Das fände ich nicht schlecht. Nur: Damit drohen auch vier Jahre Stillstand. Alle würden sagen: Lasst doch die Enquetekommission erst einmal arbeiten, danach sehen wir weiter.

C&W: Also?

Castellucci: Es muss uns gelingen, die bestehenden Strukturen stark zu machen. Den Unabhängigen Beauftragten, die Kommission, den Nationalen Rat. Ich will, dass sie unabhängig, also ohne Weisungen, arbeiten. Aber die Aufarbeitung muss näher an den Bundestag heranrücken. Das gelingt uns mit einer Berichtspflicht an den Bundestag, dazugehöriger Debatte und Ausschussarbeit. Dann gäbe es auch Zuständige unter den Abgeordneten, die sich mit den Ergebnissen befassen und Konsequenzen beraten.

C&W: Die Kommission könnte doch nur begutachten, was die Kirchen an Aufarbeitung leisten. Und manche Bischöfe haben zum Beispiel einfach gar nichts gemacht. Oder sie brauchen und brauchen und brauchen. Wie wollen Sie verhindern, dass die Aufarbeitung weiter verschleppt wird?

Castellucci: Ganz einfach: Stellen Sie sich vor, im Jahr 2023 um 9 Uhr morgens ist eine Bundestagsdebatte angesetzt über die bisherige Arbeit der Kommission. Und die legt einen Bericht zur Aufarbeitung vor, in dem drinsteht, wer wie kooperiert. Das würde den öffentlichen Druck erhöhen.

C&W: Wem würde das helfen?

Castellucci: Vor allem auch denen, die Aufarbeitung wollen und in ihrer Institution an Grenzen stoßen. Ich kümmere mich hier ja auch als engagierter Christ um das Thema. Ich leide darunter, wie es läuft. Wenn die Kirchen das Ruder nicht herumgedreht bekommen, schaffen sie sich noch selbst ab. Aber natürlich geht es in erster Linie um die Betroffenen. Niemand soll sich ausgeliefert oder alleingelassen fühlen, es geht hier ganz klar um Solidarität mit denen, denen schlimmes Unrecht angetan wurde.

C&W: Bisher meiden die meisten Politikerinnen und Politiker das Thema sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in den Kirchen. Was haben die davon, sich darum zu kümmern?

Castellucci: Diese Frage stelle ich mir nicht. Wenn sich durch so einen Skandal der Vertrauensverlust verstärkt, gerät die Politik in diesen Strudel mit hinein. Wir müssen uns auch den Abgründen stellen. Denn Vertrauen ist für unser Zusammenleben das höchste Gut.